

Der Staat strebt nach mehr Überwachung

Innenpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion will Verhältnismäßigkeit wahren

Calw. Der innenpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Hagen Kluck, referierte in der »Ratsstube« in Calw auf Einladung der Landtagsabgeordneten und Kreisrätin Beate Fauser über die staatlichen Überwachungsmöglichkeiten. »Der gläserne Mensch« war der Abend überschrieben.

Im Mittelpunkt stand die Frage, welche Maßnahmen zum Schutz der Bürger sinnvoll seien und wann die Grenzen zum Überwachungsstaat überschritten werden. In den letzten Jahren sei zu beobachten, dass der schwarz-roten Regierung ein allmächtiger Staat

wichtiger sei, als die Privatsphäre des Bürgers, meinte der Referent. Das Grundgesetz werde Stück für Stück ausgehöhlt. Kluck riet den rund 40 Zuhörern: »Wenn der Staat den Bürgern nicht vertraut, sollte der Bürger auch dem Staat gegenüber vorsichtig sein.«

Gerade die jüngsten Vorstöße von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble bewertete Kluck kritisch. Er sei zwar überzeugt, dass Schäuble gerechte und demokratische Ziele verfolge. Jedoch warnte er davor, dass ein Instrumentarium geschaffen wird, das, wenn es in die falschen Hände gera-

te, dem Bürger jegliche Freiheit raube. »Wer kann sagen, ob nicht eine anders gerichtete Regierung an die Macht kommt. Ganz zu schweigen von der illegalen Nutzung der erhobenen und gespeicherten Daten«, so Kluck.

Sich, wenn auch illegal, in scheinbar sichere Systeme einzuhacken und sensible Daten von Bürgern zu missbrauchen, sei für Experten kein Problem. Je mehr Überwachungsmöglichkeiten dem Staat an die Hand gegeben würden, um so größer sei die Gefahr des Missbrauchs. »Man kann Demokratie nicht mit undemokratischen Mitteln schützen«, so

der FDP-Politiker. Beate Fauser sagte: »Wegen 1000 Ganoven können doch nicht zehn Millionen unbescholtene Bürger unter Generalverdacht gestellt werden.« Die Verhältnismäßigkeit müsse gewahrt werden, auch bezüglich der Kosten einer ausufernden Überwachung.

Kluck führte als Beispiel an, dass in Baden-Württemberg zwei Jahre lang mit einem immensen personellen Aufwand die Rasterfahndung betrieben wurde. »Ohne einen einzigen Erfolg«, so der Referent.

Zwar sei das Recht auf Selbstbestimmung in der Verfassung fest geschrieben, doch



Beate Fauser (stehend) und Hagen Kluck (r.) wollen keinen »gläsernen Menschen«.

derzeit laufe man Gefahr, dass unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung eine allumfassende Überwachung ermöglicht werde.

»Vieles ist auch nicht mehr

aufzuhalten«, so die realistische Einschätzung des gelernten Journalisten aus Reutlingen, dessen Anliegen es ist, die Bürger für das Thema zu sensibilisieren.